

EU schlägt Alarm: Mehrwertsteuerbetrug bei Importen dringend stoppen!

EU prüft striktere Maßnahmen gegen Mehrwertsteuerbetrug bei Importen. Kontrollen unzureichend, Empfehlung für standardisierte Regeln.



Nachrichten AG

Luxemburg, Luxemburg - Die Europäische Union steht vor einer ernsthaften Herausforderung im Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug bei Importen. Der jüngste Bericht des Europäischen Rechnungshofs hebt hervor, dass der Binnenmarkt unzureichend vor dieser Form des Missbrauchs geschützt ist. Laut **OE24** ist die Gefahr durch lasche Kontrollen in den Mitgliedstaaten erheblich. Diese Schwächen führen zu hohen finanziellen Ausfällen, die den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren.

Die Situation ist alarmierend: In Stichproben, die in mehreren EU-Ländern durchgeführt wurden, wurden signifikante Ausfälle bei der Mehrwertsteuer festgestellt. Die eingeführten Waren sind

bei ihrem Eintritt in die EU-Zollunion mehrwertsteuerpflichtig, wobei die Steuerhöhe auf Basis der Zollanmeldungen bestimmt wird. Allerdings müssen die aktuellen Kontrollen dringend reformiert werden, um einen effektiven Schutz gegen den Betrug zu gewährleisten.

Schwächen der Kontrollmechanismen

Der Bericht des Rechnungshofs, dessen Mitglieder in Luxemburg sitzen, warnt insbesondere vor gravierenden Mängeln bei den Kontrollen der Mitgliedstaaten. **Nau** führt aus, dass die notwendigen Daten zwischen Finanz- und Zollämtern der EU-Länder oft nicht ausgetauscht werden, was die Überwachung und den Missbrauch von Zollverfahren stark einschränkt.

Die Prüfer haben zudem Schlupflöcher in den rechtlichen Bestimmungen für vereinfachte EU-Import-Zollverfahren festgestellt, was die Gefahr von Missbrauch weiter erhöht. Während es unter bestimmten Bedingungen eine Mehrwertsteuerbefreiung für Waren gibt, die für andere EU-Länder oder für den Online-Handel bestimmt sind, bleiben die bestehenden Maßnahmen zur Betrugsvermeidung unzureichend.

Empfehlungen für Veränderungen

François-Roger Cazala, Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, betont die Notwendigkeit, standardisierte Regeln für die Zusammenarbeit und die Datenlage einzuführen. **Ad-hoc-News** berichtet, dass aktuelle Maßnahmen nicht ausreichen, um den Herausforderungen des Mehrwertsteuerbetrugs gegenüberzutreten. Der Rat sei, ein Gleichgewicht zwischen Handelserleichterungen und dem Schutz der finanziellen Interessen der EU zu finden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die EU dringende Maßnahmen ergreifen muss, um die Kontrolle über Zollverfahren zu verbessern und somit einen effektiveren Schutz vor Mehrwertsteuerbetrug zu garantieren. Ohne umfassende

Reformen wird das Risiko von finanziellen Verlusten und Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt weiter bestehen bleiben.

Details	
Vorfall	Betrug
Ursache	unzureichende Kontrollen, mangelnder Datenaustausch, unzureichende Zusammenarbeit
Ort	Luxemburg, Luxemburg
Quellen	• www.oe24.at • www.nau.ch • www.ad-hoc-news.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at